

50 Jahre dju - 40 Jahre erfolgreiche Tarifpolitik durch die Gewerkschaft

40 Jahre erfolgreiche Tarifpolitik durch die Gewerkschaft. Mit der "Aktion Federblitz" wurden die Weichen neu gestellt

Von **Gerhard Manthey**

in: "Publizistik & Kunst", 4/91

"Eine Zeitungslizenz war so gut wie die Erlaubnis Geld zu drucken!" Nimmt man den geflügelten Satz der Alliierten mit Zeitungs- und Zeitschriften-Lizenzen Beschenkten zum Maßstab der Tarifpolitik für die Journalistinnen und Journalisten der gedruckten Medien in der Bundesrepublik, dann muss eine Bilanz vierzigjähriger gewerkschaftlicher Bemühungen für diese Gruppe selbstverständlich schlecht aussehen. Im Zeichen des gewöhnlichen und alltäglichen Kapitalismus war es nun einmal so, dass die Lizenzträger der Zeitungen und Zeitschriften ab einem bestimmten Punkt des kalten Krieges das Versprechen der Alliierten hatten, dass sich an den geschaffenen Presseverhältnissen nichts ändern würde. Das war ein Freilos zum Millionärsdasein oder in die Pleite - wie es der bald darauf einsetzende Kampf um Märkte - wohlgemerkt nicht um Pressefreiheit - deutlich machte.

Und was erhielten die Journalisten und Journalistinnen? Was ist zum Kampf der gewerkschaftlich organisierten Journalisten und Journalistinnen und ihrer Organisation in den vergangenen 40 Jahren zu bemerken? Ganz klar - die Gewerkschaft hat gewonnen. Die Standesorganisation hat verloren. Das Industriegewerkschaftsprinzip hat für Journalisten und Journalistinnen materielle und andere Erfolge möglich gemacht, die sonst nicht zu erreichen gewesen wären.

Aktion "Federblitz"

Graben wir kurz die bitteren Wahrheiten aus, dass es eine Zeit gab, da der Deutsche Gewerkschaftsbund der DAG und dem Deutschen Journalisten-Verband zur Tariffähigkeit gegenüber den Tageszeitungsverlegern verhalf und diese dann aus Dankbarkeit den organisierten Journalisten im DGB und später in der IG Druck und Papier im vertrauten Verein mit den Verlegern genau diese Tariffähigkeit verweigerten bis zum Jahre 1961. Da wurde sie auch noch nicht freiwillig gewährt, sondern von den Druckern, Setzern, Rotationern und den Journalisten und Journalistinnen mit der Aktion "Federblitz" erkämpft.

"Donnerschlag" und "Hammerschlag", die beiden schon im Voraus geplanten Aktionssteigerungen, falls die NRW-Zeitungs-Eigner sich weiterhin weigern würden, die Deutsche Journalisten-Union als Tarifvertragspartei zu akzeptieren, durften in der Schublade bleiben.

Tarifpolitische Wende

Das Jahr 1961 markierte eine tarifpolitische Wende. Von diesem Datum an wurde die Tarifpolitik für Redakteure und Redakteurinnen arbeitnehmerähnlicher. Von diesem Datum aus wurde die ganze Verbrämung des Begabtenberufes eines Muffs scheinchenweise entkleidet und gleichzeitig wurden der schnöde Mammon und die Arbeitsbedingungen und die

Ausbildung zum Journalisten mehr in den Vordergrund gerückt.

Nicht dass die IG Druck und Papier / Deutsche Journalisten-Union nicht für Ideelles gekämpft hätte. Bedenkt man, dass die Journalisten und Journalistinnen von den Lizenzempfängern um die innere Pressefreiheit und den genossenschaftlichen oder den Stiftungsbesitz geprellt worden sind - eine Feststellung ohne Neid, aber mit Trauer um die Pressefreiheit, die sich aus anderen Modellen als der marktwirtschaftlichen geprägten hätte entwickeln können -, war eines der Ziele in den Siebzigerjahren das Redakteursstatut per Tarifvertrag bei den Tageszeitungen. Das Verhandlungsergebnis fiel bei den damals organisierten Kolleginnen und Kollegen durch. Es war zu mager. Aus heutiger Sicht wäre es vielleicht ein weiterentwicklungsfähiger Anfang gewesen. Schwamm drüber.

Die Pressefreiheit muss geregelt werden

Die Pressefreiheit, das Verhältnis zwischen Verlag und Redaktion, die innere Pressefreiheit also, muss so oder so in den kommenden fünf bis zehn Jahren geregelt werden: Die weitere Kommerzialisierung der Medienmärkte, die technische Entwicklung der Medien und die journalistische Ethik müssen zu einer geregelten Einheit kommen. Ganz zu schweigen von den Erfahrungen mit dem gerade beendeten Golfkrieg, der damit verbundenen Zensur und dem Missbrauch der Presse.

War das alles an tarifpolitischer Bilanz? Gemach, gemacht. Aber es ist nicht möglich auf so wenig Platz die unzähligen, teilweise ritualisierten Tarifverhandlungen, das zähe Ringen um ein Stück mehr Gehalt, ein bisschen weniger Arbeitszeit, einige Tage mehr Urlaub angemessen zu beschreiben. Ein wichtiges Resümee: Der Druck der Gehalts- und Manteltarifvertragsrunden der IG Druck und Papier im Rücken, oder der gerade getätigte Abschluss zur 40-, 38-, 35-Stunden-woche in dieser Branche machten den Journalisten und Journalistinnen das Tarifleben vergleichsweise leicht. Misst man es an der Notwendigkeit, für ein Ergebnis am Verhandlungstisch streiken zu müssen, sogar bequemer. Oft war es so, dass die Verleger "ihren Journalisten" entgegenkamen und aus Gründen der Pflege des Standesdenkens versuchten, mit kleinen Bonbons die gewerkschaftlichen Fronten aufzuweichen oder zu spalten. Es ist grundsätzlich nicht gelungen. Hier zumindest hat sich die mit dem Deutschen Journalisten-Verband über die Jahrzehnte hinweg entwickelte Tarifgemeinschaft einigermaßen bewährt. Klagen sollen hier nicht zu Wort kommen.

Die Bonbons der Verleger haben aufgehört. Im gleichen Augenblick, da die Forderungen der Deutschen Journalisten-Union nach Arbeitszeitverkürzung laut wurden, nahm auch die Bereitschaft der Verleger ab, für "ihre Journalisten" etwas Besonderes zu tun. Das gipfelte in dem legendären Satz des BDZV-Verhandlungsführers Erich Weichhold zur 40-Stunden und 5-Tage-Woche: "Wir wollen die Journalisten und Journalistinnen an der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung teilhaben lassen. Wir springen auf diesen Zug auf." Dieser Satz um 1990 die 35-Stunden-Woche im gedruckten Tarifvertrag ist ein Erfolg der IG Druck und Papier / Deutsche Journalisten-Union bzw. der IG Medien / Fachgruppe Journalismus. Ohne diese tarifpolitisch treibende und prägende Kraft sähe es weit schlechter aus, ohne die solidarische andere Hälfte der Kraft - sprich DJV - schmälern zu wollen.

Journalisten und Drucker gemeinsam für RTS-Vertrag

Bei den Zeitschriften-Redakteuren und -Redakteurinnen wurde von den Tageszeitungskollegen und -kolleginnen vieles vorgegeben. Die organisierten Zeitschriften-Verleger haben sich erst 1971 ihrer tarifpolitischen Verantwortung gestellt und gemessen am

BDZV immer ein wenig schaumgebremste Tarifpolitik betrieben, obwohl in dieser Branche stattlich - ebenso stattlich - verdient wurde, wird und werden wird wie bei den Zeitungen. Schon um der Gewinne willen, muss man alle drei Zeitformen wählen. Im Zeitschriftenbereich gibt es Nachholbedarf, die Arbeit dort reicht noch weitere vierzig Jahre.

Ein Thema trifft Zeitungen und Zeitschriften gleichermaßen: Die Weiterentwicklung neuer Technik - sprich Ganzseiten-Umbruch. Nach den bitteren Lorbeeren des "RTL"-Tarifvertrages (RTS = Rechnergesteuerte Text-Systeme, 1978 abgeschlossen) - drei Wochen Streik und Aussperrung und 36 Millionen DM Kosten - herrschte einige Jahre lang Arbeitsplatzsicherheit und mehr oder minder sinnvolle Trennung der gestaltenden Tätigkeit am Bildschirm in Redaktion und Technik. Heute stehen wir vor der wichtigen Aufgabe, den tarifpolitischen Raum um den Ganzseiten-Umbruch in den kommenden Jahren in den Griff zu bekommen. Die Verleger werden es nicht gerne sehen.

Apropos RTS. Der Kampf um diesen Tarifvertrag war die Erste gemeinsame Kampferfahrung von Druckern, Setzern, Rotationern, Angestellten und den gewerkschaftlich organisierten Redakteuren und Redakteurinnen. Das Vertrauensverhältnis zwischen beiden hat sich seit dieser gemeinsamen Streikerfahrung vor dem Verlagstor gebessert und weiterentwickelt. Bis zu den jüngsten gemeinsamen Tariferfahrungen im Jahre 1990.

Der Ausbildungstarifvertrag ist ein wichtiger Meilenstein in der Tarifgeschichte der Redakteure und Redakteurinnen. Mindestens so bedeutend wie 1980 der Durchbruch zu 40-Stunden-Woche. Organisierte Kolleginnen und Kollegen streiken für immaterielle Werte, nämlich eine bessere Ausbildung. Ein Streik und ein Ergebnis am Ende - ein brauchbarer Tarifvertrag. Das kann sich sehen lassen.

Die Probleme der "Freien"

Die freien Journalisten und Journalistinnen verzeichnen das schwächste Kapitel der tarifpolitischen Rückschau. Das liegt an Grundstrukturen wie dem schlecht formulierten Paragraphen 12a (Tarifvertragsgesetz) und dem nicht weiterentwickelten Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Journalisten und Journalistinnen an Tageszeitungen. Dessen unzureichende Qualität ist auf zwei Probleme zurückzuführen. Zirka 7000 hauptberuflichen freien Kollegen und Kolleginnen stehen zirka 30000 nebenberufliche Konkurrenten und Konkurrentinnen zur Seite. Und: Freie Journalisten und Journalistinnen haben wenig wirksame Kampf-Instrumente angesichts dieser Konkurrenzverhältnisse. Dennoch: Das Problembewusstsein der fest angestellten Kolleginnen und Kollegen ist gebessert worden und hier liegt auch der Schlüssel für Lösungen in der Zukunft. Freie Journalisten und Journalistinnen und Redakteure und Redakteurinnen werden zu neuen Arbeitskonstellationen durch die neuen Techniken und die Entwicklung der Medienmärkte gezwungen. Wenn beide diese Prozesse überstehen wollen, müssen sie zusammenarbeiten.

Ein Wort soll zur Tarifpolitik bei den Nachrichten-Agenturen gesagt werden. Die Tarifverträge dort zeigen sehr anschaulich, wie starke Gewerkschaften zum Wohle der Agentur und der Beschäftigten zum Teil vorbildliche Tarifverträge gestalten können.

Eine Binsenweisheit zum Abdrucken: Je mehr organisiert sind und für ihre Interessen eintreten, desto besser sieht der Tarifvertrag aus. Ein wohlfeiler Satz, der nichts von seiner Wahrheit eingebüßt hat. Es sei denn, man ließe sich vom Altverleger adoptieren.